



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



12.02.2015

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Eine Milliarde Euro für Jugendbeschäftigung

Diese Summe soll den Mitgliedstaaten im Rahmen der Jugendbeschäftigungsinitiative für 2015 zur Verfügung stehen. Praktisch bedeutet dies, dass sich die Vorfinanzierungsrate von 1–1,5% auf bis zu 30% erhöht. Damit könnten besonders von Jugendarbeitslosigkeit betroffene Mitgliedstaaten bis zu einem Drittel der vorgesehenen Summe für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit bereits nach der Annahme des Operationellen Programms erhalten. Diese Erleichterung darf aber nicht zu einer Minderung der Projektstandards führen: Wir brauchen keine Behelfsprogramme, die nur eine kurzfristig Besserung bringen, sondern Programme, die langfristig eine verbesserte Zukunft junger Europäer schaffen.

Sonderausschuss für Steuergerechtigkeit

Unabhängig vom geplanten Untersuchungsausschuss im Fall Luxemburg

soll sich nun ein Sonderausschuss im Europaparlament der Steuergerechtigkeit und Steuerflucht in den Mitgliedstaaten annehmen. Ziel ist es, die Transparenz in den Steuerregelungen der Mitgliedstaaten zu erhöhen.

Griechenland: Viel Geld hilft nicht viel!

Das Ergebnis der demokratischen Wahl in Griechenland müssen wir akzeptieren. Dies heißt jedoch nicht, dass die neue griechische Regierung von den bestehenden Verpflichtungen befreit ist. Bereits eingeleitete Reformen müssen weiter vorangetrieben werden. Außerdem möchte ich klarstellen: Die „harte Sparpolitik“ gegenüber Griechenland existiert nicht! Europa investiert sehr wohl in Wachstum und Beschäftigung in Griechenland und stellt viel Geld zur Verfügung. Es liegt nun bei den Griechen, diese Mittel richtig und sinnvoll einzusetzen. In der Vergangenheit ist dies nicht gelungen: Obwohl 60 EU-Beamte in der sogenannten Task Force das Management vor Ort übernommen haben, ist

der Mitteleinsatz lediglich im Fischereifonds erfolgreich. Die dort für 2007–2013 bewilligten Gelder erreichten vollständig die Endempfänger. Ansonsten sind 48 der 181 Projekte, welche die Task Force überwacht, in teilweise aussichtslosem Zustand. Außerdem wird in vielen Bereichen nur ein geringer Teil der zur Verfügung stehenden EU-Fördermittel abgerufen, oder Zahlungen werden unrechtmäßig getätigt. So führte mangelhafte Kontrolle durch die örtlichen Behörden beispielsweise dazu, dass im Bereich Landwirtschaft 117,8 Mio. Euro rückgefordert werden müssen. Im Bereich ländliche Entwicklung sind bis zum Ende der letzten Förderperiode lediglich 40% der bewilligten Mittel an Empfänger ausgezahlt worden. Fraglich ist auch die Stabilität der Regierungskoalition in Anbetracht der Differenzen bei wichtigen Punkten, wie etwa dem Verhältnis zu Israel und der Türkei.

Haushaltsfinanzierung: Mitgliedstaaten am Zug

Die Einsetzung der Hochrangigen Gruppe zu den

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



12.02.2015

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

EU-Eigenmitteln, also den „Mitgliedsbeiträgen“ zum EU-Budget, war die Bedingung des Parlaments für die Zustimmung zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2014–2020. Der nun vorgestellte Bericht der Gruppe bezeichnet das gegenwärtige System als undurchsichtig und ineffizient. Reformen sind dringend nötig, um die unbestrittenen Vorteile der EU-Förderprogramme voll zur Geltung zu bringen.

Innere Sicherheit in der EU: Anti-Terrorpakt

Im Kampf gegen den globalen Terror hat sich das Parlament für einen mehrschichtigen Ansatz ausgesprochen. Neben Programmen zur Entradikalisierung sollen die Kontrollen an den EU-Außengrenzen verstärkt werden. Außerdem soll ein besserer Informationsaustausch zwischen den EU-Ländern stattfinden können. Dieser Aspekt fließt in die Verhandlungen des EU-Datenschutzpakets und der Fluggastdatenspeicherung ein, welche parallel vorangetrieben werden. Weitere Ansatzpunkte zur Prävention von Radikali-

sierung sind Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Finanzen und Kommunikation. Das Ziel ist, die Handlungsfähigkeit der EU in Bezug auf die Innere Sicherheit zu vergrößern und die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken.

Sichere Straßen in Europa

Autofahrer aufgepasst: Verkehrssünden innerhalb der EU werden künftig dank einer jetzt verabschiedeten Richtlinie zum Informationsaustausch in allen 28 Mitgliedstaaten verfolgt. Die neue Richtlinie ermöglicht den grenzüberschreitenden Austausch über verschiedene Verkehrsdelikte, wie beispielsweise Geschwindigkeitsübertretungen, innerhalb der geltenden Datenschutzregeln. In Deutschland ändert sich allerdings nichts – hier galt bereits die alte Richtlinie.

Neues zu TTIP: Achte Verhandlungsrunde

In der vergangenen Woche fand die 8. Verhandlungsrunde zum geplanten Freihandelsabkommen mit den USA statt. Dabei ei-

nigten sich die Verhandlungsparteien auf einen intensiven Arbeitsplan: Bis zum Sommer sind zwei weitere Verhandlungsrunden sowie Sondersitzungen zu sektorspezifischen Fragen geplant. Der Verhandlungsführer der EU betonte nochmals, dass in keinem Fall eine Herabsetzung unserer geltenden hohen Standards geplant ist. Die Verhandlungen sind in dieser Runde gut vorangekommen. Es liegen nun Entwürfe beider Seiten vor, welche Bereiche TTIP umfassen soll. Weitere Informationen und Dokumente zum aktuellen Verhandlungsstand finden Sie [hier](#).

Lobbyarbeit wird transparenter

Seit Ende Januar gibt es ein neues Transparenzregister, das zeigt, welche Interessengruppen in den EU-Institutionen Lobbyarbeit betreiben. Zurzeit ist eine Eintragung ins Register noch nicht verpflichtend. Ziel ist es, dies zu ändern, um die Arbeit der Lobbyverbände für die Öffentlichkeit sichtbar zu gestalten. Bei Interesse können Sie [hier](#) in das Register Einsicht nehmen.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle